

Beschluss (vorläufig; Stand: 03.06.2009)

Bundestagswahlprogramm 2009

Kapitel 1

Anders Wirtschaften - Ein Grüner New Deal für neue Arbeit und Innovation

Der menschengemachte Klimawandel zeugt davon, wie unvernünftig wir wirtschaften. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns endgültig vor Augen geführt, dass die Art und Weise, wie unsere Wirtschaft verfasst ist, zu katastrophalen Ergebnissen führt. Die Krise erfasst immer mehr Bereiche. Immer mehr Menschen spüren ihre Folgen ganz unmittelbar: Viele haben bereits ihren Arbeitsplatz verloren oder Angst, ihn zu verlieren. Andere haben einen Teil ihrer Alterssicherung eingebüßt, die meisten nicht etwa deshalb, weil sie überzogene Renditen realisieren wollten, sondern weil sie schlecht beraten wurden oder sich im Finanzdschungel nicht zurechtfinden konnten. Die globale Krise treibt Unternehmen in die Pleite und erfordert staatliche Eingriffe, die bislang unvorstellbar schienen. Wo gerade noch 24-Stunden-Schichten gefahren wurden, herrscht nun Kurzarbeit. Banken werden nun mit Milliarden an Steuergeldern vor dem Zusammenbruch bewahrt, während selbst im Konjunkturoch der letzten Jahre in der großen Koalition um jeden Euro mehr für Langzeitarbeitslose oder für Bildungseinrichtungen gefeilscht wurde.

In dieser schwierigen Situation geht es darum, die Krise entschieden zu bekämpfen und ihre Folgen für die Menschen abzumildern. Es geht darum, Arbeitsplätze zu sichern und schnell wieder auf einen Pfad zu gelangen, auf dem die Wirtschaft neu Fuß fasst und die Menschen neues Vertrauen gewinnen. Was schon vor der Krise galt, muss jetzt in der Krise erst recht gelten: Unsere Wirtschaft braucht ein neues Fundament. Dabei dürfen wir uns keine Denkverbote auferlegen. Wenn wir das nicht vergessen, dann liegt in dieser Krise auch eine Chance. Die Chance, den dringend notwendigen ökologischen und sozialen Wandel zu beschleunigen. Wann, wenn nicht jetzt?

Ein grüner Neuer Gesellschaftsvertrag bedeutet für uns, dass Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Wir wollen eine soziale und ökologische Wirtschaftsordnung. Denn das ist inzwischen auch klar: nur wer ökologisch produziert, produziert auch ökonomisch vernünftig. Nicht nur deshalb, weil die Folgen von Klimawandel und Umweltverschmutzung den Volkswirtschaften und damit den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern viel Geld kosten. Auch aus einem zweiten Grund: Der Bedarf der Welt an Energie und Rohstoffen wächst täglich während die Vorräte rapide abnehmen. Schon jetzt gibt es ernst zu nehmende Studien, die darauf hinweisen, dass das Fördermaximum bei Öl bereits überschritten ist. Die Preise für Energie und Rohstoffe werden mittel- und langfristig wieder dramatisch steigen. Deswegen kommt es entscheidend darauf an, energie-

und ressourceneffizienter zu produzieren. Wer energieeffiziente und verbrauchsarme Produkte herstellt, hat im globalen Wettbewerb die Nase vorn - egal ob es sich um Automobile, Kühlschränke oder Unterhaltungselektronik handelt. Wir stehen an einem Wendepunkt der Industriegeschichte: Konnte Wirtschaftswachstum sich früher durch die Förderung von immer mehr Öl, Gas, Kohle, Uran und anderen Rohstoffen steigern lassen, so kann in Zukunft wirtschaftlicher Erfolg nur noch durch Effizienzsteigerung, mit Erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen erreicht werden.

Die Weichen jetzt stellen: Ein Grüner New Deal

Gegen die Krise setzen wir einen Aufbruch in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik – den Grünen New Deal. Die Staaten operieren mit Milliardenbeträgen – Summen, die jedwede Vorstellung übersteigen. Es ist falsch, mit soviel Geld lediglich die Risse im alten Fundament unserer Wirtschaft notdürftig kitten zu wollen. Wir müssen entschlossen ein neues Fundament bauen. Nur dann hinterlassen wir unseren Kindern und Enkeln nicht bloß einen gigantischen Schuldenberg, sondern auch etwas, auf das sie aufbauen können. Wir müssen investieren in die Infrastrukturen der Zukunft, in eine ökologische Wirtschaft, in mehr Bildung, in einen erneuerten sozialen Ausgleich. Dieser Grüne New Deal schafft neue Arbeitsplätze und bringt wirtschaftlichen Erfolg heute und morgen.

In den politischen Kommentaren wird die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise oft mit der Weltwirtschaftskrise in den 20er und 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts verglichen. Auch damals gab es ausgehend von einem Finanzcrash einen tiefen Einbruch der Realwirtschaft und die Arbeitslosenraten schnellten in die Höhe – zunächst in den USA, dann in der ganzen Welt. Dem amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt gelang es durch ein großes Investitionsprogramm, mit Hilfe eines Finanz-, Wirtschafts- und Sozialreformen in den USA einen Wendepunkt einzuleiten. Durch den sogenannten "New Deal" sollten die "Karten neu verteilt werden", die krisengeschüttelten Menschen eine neue Chance bekommen und die Wirtschaft ein neues Fundament. Auch heute braucht es massive Investitionen gegen den wirtschaftlichen Abschwung, geht es darum, den Finanzmärkten neue Spielregeln aufzuzwingen und einen neuen Ausgleich zu gestalten, der die soziale Spaltung hier und weltweit überwindet. Auch heute geht es darum, mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung ein besseres Morgen möglich zu machen. Aber anders als damals kann ein solcher New Deal heute nur ein Grüner New Deal sein, der nicht zulasten der Umwelt, sondern zum Nutzen der Umwelt geschlossen wird. Wir wollen mit dem Grünen New Deal einen schrittweisen Wandel unserer Wertschöpfungsbasis hin zu einer humanen und ökologischen Wirtschaft erreichen: Bildung, Soziales und öffentliche Güter, Gesundheit und Pflege, ökologische Dienstleistungen und Produkte, Kultur und Wissenschaft. In diesen Bereichen liegt unsere Zukunft. Diese Erkenntnis hat angesichts der globalen Krise auch international Auftrieb erhalten. Von Ban Ki-Moon bis Barack Obama fordern immer mehr einen "Green New Deal". Der Grüne New Deal zielt auf den zukunftsorientierten Umbau der alten Industriegesellschaft. Er ist das wirtschafts-, industrie- und sozialpolitische Herzstück des Neuen Gesellschaftsvertrages.

Immer wieder stellt sich in der Krise die Frage nach Unternehmensrettungen durch den Staat. Wenn Bürgschaften oder Übernahmen geprüft werden, müssen sie daran gekoppelt sein, die Unternehmen auf eine nachhaltige Neuorientierung zu verpflichten. Da, wo kurzfristig Unternehmenspleiten drohen und Märkte kollabieren, sind wir dafür, steuernd einzugreifen und mit dem ökologischen und sozialen Umbau bereits zu beginnen. Ziel von staatlichen Eingriffen muss es sein, den massenhaften Absturz in Arbeitslosigkeit zu verhindern, arbeitslose oder kurzarbeitende Menschen zu qualifizieren und die Entwicklung zukunftsfähiger Produkte, Technologien und Dienstleistungen voranzutreiben. Ziel von staatlichen Eingriffen kann es

nicht sein, nicht lebensfähige wirtschaftliche Strukturen zu stützen. Branchen mit falschen Produktpaletten, Überkapazitäten und nicht nachhaltigen Geschäftsmodellen dürfen nicht die finanziellen Ressourcen für die strukturell gesunden Wirtschaftsbereiche verschlingen und nicht auf Kosten der BürgerInnen erhalten werden.

Mit unserem Grünen New Deal wollen wir investieren in Klima, Gerechtigkeit und Bildung. Damit schaffen wir eine Million Jobs. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, neue Schienen- und Energienetze, ein besserer ÖPNV, die Steigerung der Energieeffizienz und vieles mehr – all das bringt neue Arbeit. Im Klima- und Energiekapitel dieses Programms zeigen wir, was das konkret bedeutet.

Investitionen in Bildung sind zweiter zentraler Teil unseres grünen New Deal. Sie sind eine Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und eine große Zahl neuer qualifizierter Arbeitsplätze. Sie schaffen Chancengerechtigkeit und ebenfalls eine große Zahl neuer qualifizierter Arbeitsplätze. Die Köpfe unserer Kinder sind unsere wichtigste Ressource. Zusätzliches Geld nur in Gebäude zu stecken, wie es die große Koalition tut, ist zu wenig. Wir brauchen mehr Betreuung, bessere Bildung und mehr Angebote für lebenslanges Lernen sowie gut ausgebildete LehrerInnen und PädagogInnen. Im Bildungskapitel zeigen wir, was das für uns bedeutet.

Ein weiterer Schwerpunkt des Grünen New Deal betrifft die soziale Gerechtigkeit: Statt jetzt Steuergeschenke für die Reichen zu versprechen, wollen wir die sozialen Blockaden aufbrechen und den Menschen eine neue Chance geben. Schluss damit, dass Manager Millionen-Boni für Quartalsergebnisse bekommen, auch wenn kurze Zeit später das Unternehmen wie ein Kartenhaus zusammenbricht. Wir wollen Gerechtigkeit: die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands und die Chance jedes einzelnen auf Teilhabe. Dazu gehört auch, dass die Regelsätze für alle Erwachsenen sofort auf zunächst 420 Euro angehoben werden. Die Regelsätze für Kinder und Jugendliche wollen wir auf eine neue Berechnungsgrundlage stellen, die ihre tatsächlichen Bedarfe berücksichtigt und sie ebenfalls sofort anheben. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn wollen wir sicherstellen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. So schaffen wir mehr Gerechtigkeit und steigern die Binnennachfrage, was auch für die Wirtschaft gut ist. Wir wollen mehr Frauen in existenzsichernde Arbeit bringen.

Wir Grüne wollen uns dafür stark machen, dass die europäischen Länder in der Krise zusammenstehen. Eine so verflochtene Wirtschaftszone wie die EU kann die Krise nur als Ganzes bewältigen. Deshalb muss sie politische Konsequenzen ziehen. Die Freiheiten des Binnenmarktes muss eine Ausweitung der Märkte folgen, um den in der Vergangenheit erfolgten Deregulierungs- und Steuersenkungswettbewerb zu stoppen. Dazu braucht es zumindest in der Eurozone eine verstärkte Zusammenarbeit der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, ohne allerdings die EU damit auseinanderzutreiben. Diese muss ökologischen und sozialen Zielen verpflichtet sein. Die Euro-Gruppe muss aufgewertet werden, um gemeinsam mit der europäischen Zentralbank unter Beteiligung der Sozialpartner die makroökonomischen Rahmenbedingungen zu setzen. Außerdem wollen wir Grüne die makroökonomischen Leitlinien zur Währungs- und Haushaltspolitik unbeschadet der Rechte der nationalen Parlamente durch das Europaparlament diskutieren und parlamentarisch mitentscheiden lassen. Die Aufgabenstellung der Zentralbank muss – wie das bei der Fed in den USA der Fall ist – neben der Geldwertstabilität auch eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung einschließlich der Beschäftigung umfassen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss Anreize zum Sparen in wirtschaftlich guten Zeiten setzen, im Gegenzug dazu aber auch zur Abwendung einer Krise einem größeren finanzpolitischen Spielraum lassen. Die derzeitige de-facto Aussetzung des Stabilitätspaktes durch die EU-Kommission ist daher richtig, aber aus der Not geboren.

Schließlich geht es dem Grünen New Deal um eine neue Finanzmarktarchitektur. Wir drängen auf internationale Abkommen, darauf, dass Steueroasen ausgetrocknet werden und die

Spielhölle der Finanzjongleure geschlossen wird. Das setzt voraus, dass ein Grüner New Deal europäisch und global eingebettet sein muss, damit er auch zu mehr internationaler Gerechtigkeit beiträgt.

1 Million neue Jobs

Mit der wachsenden Arbeitslosigkeit kommt die Krise bei den Menschen an. Der dramatische Konjunkturreinbruch bedroht hunderttausende Arbeitsplätze in unserem Land. Weil die Wirtschafts- und Finanzkrise mit einer Strukturkrise der deutschen Wirtschaft einhergeht, besteht die Gefahr, dass viele der Jobs, die jetzt wegfallen, nicht automatisch im Aufschwung neu entstehen. Die Krisenpolitik der Bundesregierung beschränkt sich auf kurz-sichtige Konjunkturprogramme, deren Strohfeuereffekte keinen Arbeitsplatz auf Dauer sichern – wie etwa die Abwrackprämie. Weder kurz- noch langfristig rettet diese Politik Arbeitsplätze. Was jetzt nötig ist, ist eine strategische Wirtschaftspolitik, die die Voraussetzungen für diesen Strukturwandel und neue Arbeitsplätze mit Zukunft schafft.

Mit unserem grünen New Deal wollen wir in den nächsten vier Jahren eine Million neuer Jobs schaffen, indem wir Zukunftsinvestitionen vorziehen und die ökologischen und sozialen Schwächen unserer Wirtschaftsordnung beseitigen. Dabei setzen wir auf einen Mix aus klarer Ordnungspolitik (z.B. CO₂-Grenzwerte), neuen Finanzierungsinstrumenten (z.B. der Bürgerversicherung in der Gesundheit), veränderten Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt (u.a. das Progressivmodell) sowie vorgezogenen staatlichen Investitionen (z.B. in Bildung oder Gebäudesanierung). Die Schulden, mit denen wir jetzt die Krise bekämpfen, sind einzig und allein dann gerechtfertigt, wenn damit für die künftigen Generationen eine eindeutige Zukunftsrendite verbunden ist. Dies ist zum Beispiel bei Investitionen in Klimaschutz der Fall. Anders als die Schnellschuss-Konjunkturpolitik der Regierung ist unser Programm auf stetige Investitionen über einen Zeitraum von vier Jahren angelegt. Das schafft Verlässlichkeit und ermöglicht das nachhaltige Entstehen der mindestens eine Million Jobs.

400.000 neue Jobs durch ökologische Modernisierung: Wir Grünen haben in unserer Regierungszeit seit 1998 einen Jobboom im Bereich der ökologischen Erneuerung ausgelöst. Mehr als 1,8 Millionen Menschen sind heute im Umweltbereich beschäftigt. Davon allein 280.000 bei den Erneuerbaren Energien sowie 160.000 in der Biobranche. Nach Jahren des schwarz-roten Bremsens wollen wir die ökologische Modernisierung beschleunigen und diesen Jobboom verstärken. Umweltschutz ist ein globaler Wachstumsmarkt. Heutige Investitionen in Technologien und Arbeitsplätze sind Voraussetzung für die Exporterfolge von morgen. In den Bereichen Erneuerbare Energien, Gebäudesanierung, ökologische Landwirtschaft, nachhaltige Mobilität und Abfall- und Wasserwirtschaft schaffen wir mehr als 400.000 Arbeitsplätze und kompensieren zusätzlich Arbeitsplatzverluste aufgrund der Strukturkrise im Fahrzeugbau.

185.000 Neue Jobs durch Bildungsinvestitionen als Zukunftsinvestitionen: Gegen die Bildungskrise und die Wirtschaftskrise wollen jetzt mit massiven Investitionen Ungerechtigkeiten im Bildungswesen beseitigen, die Qualität erhöhen und das Bildungswesen der Zukunft bauen. Für ein verbindliches und qualitätsvolles Angebot an frühkindlicher Betreuung an alle Eltern, den Ausbau der Ganztagschulen und mehr Personal an Hochschulen braucht es 185.000 neue Erzieher, Fach- und Lehrkräfte, die wir in den nächsten vier Jahren einstellen wollen. Teilweise können diese Stellen über den von uns vorgeschlagenen Bildungssoli finanziert werden.

150.000 neue Jobs durch Investitionen in ein sozial gerechtes Gesundheitssystem: Eine der wichtigsten Wachstumsbranchen ist die Gesundheitswirtschaft inklusive des Pflegesektors.. Die demografische Entwicklung, die steigende Lebenserwartung und der medizinische Fort-

schritt führen zu einer absehbar steigenden Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen. Wir Grüne diskutieren darum Gesundheit nicht als Problemfall, sondern als wirtschaftliches und soziales Innovationsthema. Investitionen in Gesundheit sind kein Negativposten. Im Gegenteil: Wenn wir wollen, dass die Branche wächst, brauchen wir mehr Ausgaben. Gelingen kann ein nachhaltiger Jobboom aber nur, wenn wir mit der Bürgerversicherung zu einer nachhaltigen Finanzierung von Gesundheits- und Pflegeversicherung gelangen, wenn wir die Attraktivität von Gesundheits- und Pflegeberufen steigern und wenn wir Prävention zur dritten Säule des Gesundheitswesens ausbauen.

60.000 neue Jobs im sozialen Arbeitsmarkt: Trotz der aktuell massiven Probleme am Arbeitsmarkt haben wir den Anspruch, uns auch um jene zu kümmern, die seit längerem ohne Chance auf eine Rückkehr ins Erwerbsleben sind. Rund 400.000 langzeitarbeitslose Menschen sind derzeit dauerhaft vom Arbeitsmarkt abgeschnitten und von sozialer Ausgrenzung bedroht. Sie wollen wir durch langfristig geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder integrieren. In einem ersten Schritt sollen bis 2013 60.000 Arbeitsplätze im sozialen Arbeitsmarkt entstehen.

200.000 neue Jobs durch den Abbau von Schwarzarbeit: Schwarzarbeit ist in Deutschland weit verbreitet und behindert die Entstehung legaler Beschäftigung. Wir wollen sie bekämpfen und reguläre Beschäftigung schaffen, indem wir kleine Einkommen mit unserem Progressivmodell von den Sozialbeiträgen entlasten und indem wir Unternehmen nachhaltig von Bürokratie entlasten. Wir gehen davon aus, dass so 200.000 Arbeitsplätzen innerhalb von 4 Jahren neu geschaffen werden.

Unser Leitbild: Grüne Marktwirtschaft

Leitbild für den grünen New Deal ist eine Grüne Marktwirtschaft mit starken sozialen und ökologischen Leitplanken. Wir brauchen nicht neoliberale Deregulierung, sondern klare Regeln, um das Funktionieren der Märkte sicherzustellen. Regeln, die ökologisches und soziales Handeln der Marktteilnehmer belohnen. Grün heißt: ökologisch verträglich, wirtschaftlich vernünftig, sozial und geschlechtergerecht. Wirtschaftskrise, Klimakrise, Nahrungsmittelkrise, steigende Rohstoffpreise, Energiekrise und eine wachsende soziale Spaltung haben ihre gemeinsamen Ursachen in einer Entfesselung der Märkte, an denen auf der Jagd nach kurzfristiger Rendite die Zukunft verzockt wird und soziale Verantwortung gering zählt. Deshalb muss Nachhaltigkeit zum Kompass der Wirtschaftspolitik werden. Das bedeutet auch, dass die Preise endlich die ökologische Wahrheit sagen müssen. Schluss damit, dass derjenige, der die Umwelt belastet, belohnt wird.

Gute Wirtschaftspolitik ist nicht Interessenspolitik für Wirtschaftsverbände, Lobbygruppen und Wohlhabende, sondern Interessenpolitik für die Zukunft. Politik muss den Rahmen setzen für mehr Energieeffizienz, Ressourcenschutz, hochkarätige Umwelttechnologie und Umweltdienstleistungen. Das betrifft nicht nur die klassischen "grünen" Wirtschaftsbereiche. Auch Unternehmen der Autoindustrie, im produzierenden Gewerbe, in der Chemieindustrie oder im Maschinenbau haben auf den Märkten der kommenden Jahrzehnte nur dann eine Chance, wenn sie den Strukturwandel zum nachhaltigen Wirtschaften mitgehen. An einer ressourcenschonenden Produktionsweise entscheidet sich heute in jedem Industriezweig die wirtschaftliche Zukunft. Dafür setzen wir auf verschiedene Instrumente, die der dringend erforderlichen Vernunft zum Durchbruch verhelfen, ohne wirtschaftliche Freiheit zu verhindern. Der Emissionshandel – richtig umgesetzt – belohnt Unternehmen, die klimaschonend produzieren, weil sie weniger Verschmutzungsrechte erwerben müssen, und bestraft klimaschädliche Produktionsweisen. Und mit der ökologischen Steuerreform wird umweltverträgliches Verhalten belohnt. Umweltschädigendes Verhalten wird teurer.

Freiheit im Sinne Grüner Marktwirtschaft meint nicht die Abwesenheit von Regulierung oder die Freiheit der Starken und die Herrschaft des Ellenbogens. Wirtschaftliche Freiheit entsteht vielmehr erst, wenn der Missbrauch der Marktmacht ausgeschlossen ist und Verbraucherinnen und Verbraucher selbstbestimmt wählen können. Wir wollen die Märkte zum Mittel machen, ökologische und soziale Ziele zu erreichen. Wir kämpfen gegen die marktbeherrschende Stellung eines oder einiger weniger Unternehmen, für einen fairen Marktzugang für alle Marktteilnehmer, gegen überflüssige Bürokratie oder unsinnige Dauersubventionen, denn sie verhindern Wettbewerb und Innovation.

Auch international setzen wir uns für eine gerechte und faire Welthandelsordnung ein. Wir wollen soziale und ökologische Regeln im Welthandel und den Zugang von Entwicklungsländern zu Wissen und Technologie fördern. Entwicklungsländer sollen die Möglichkeiten bekommen, ihre sich noch im Aufbau befindenden Industrien, Landwirtschaft und Dienstleistungssektoren vor übermächtiger Konkurrenz im Handel und bei Investitionen zu schützen.

Grüne Marktwirtschaft nimmt die Wirtschaft als Ganzes in den Blick. Neben gewinnorientierten Unternehmen sind auch das wirtschaftliche Handeln des Staates selbst sowie des gemeinwohlorientierten dritten Sektors Quellen für Wertschöpfung und Innovation. Wichtige öffentliche Güter und Dienstleistungen, wie Gesundheitsversorgung oder Bildung, Mobilität, Internet, Müllabfuhr oder Wasser, müssen allen BürgerInnen zugänglich sein. Nur ein starker und zuverlässiger Staat kann die notwendigen öffentlichen Güter in hoher Qualität bereitstellen oder unter bestimmten Bedingungen von privater Seite bereitstellen lassen. Eine Grundversorgung aller Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrem persönlichen Leistungsvermögen muss gewährleistet sein. Wir wehren uns gegen Steuersenkungs- und Wettbewerbsideologen in Union und FDP, die von Eigenverantwortung reden, aber den Nachwächterstaat meinen. Leere Kassen und einseitige Wettbewerbsvorgaben erhöhen den Druck auf die Kommunen ihre Leistungen zu privatisieren. Oft bedeutet dies, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, denn das Risiko trägt letztlich die Allgemeinheit. Wir Grüne stehen für eine Stärkung und Weiterentwicklung verlässlicher und qualitativ hochwertiger öffentlicher Güter und Institutionen. Wir wissen, wie wichtig es ist, die politische Steuerungsfähigkeit der Kommunen, Transparenz und die demokratische Kontrolle sicherzustellen, wenn es um die Zukunft der Daseinsvorsorge geht. Wir unterstützen Städte und Gemeinden, die ihre Leistungen wieder selbst erbringen wollen. Dazu wollen wir die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen sichern, die interkommunale Zusammenarbeit fördern und auf europäischer Ebene mit einer Rahmenrichtlinie, die Schutzbereiche der Daseinsvorsorge klarstellen.

Für uns sind intakte öffentliche Infrastrukturen und ein funktionierender Sozialstaat nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch Voraussetzung und Bestandteil erfolgreichen Wirtschaftens. So sind etwa Dienstleistungen für Menschen, die Hilfe und Unterstützung brauchen, inzwischen selbst zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden, der Nachfrage schafft. Der soziale Sektor ist in den vergangenen Jahren enorm expandiert, viele Geschäftsideen und Arbeitsplätze sind im Bereich sozialer Dienstleistungen, etwa der Pflege, entstanden. Viele dieser Arbeitsplätze sind aber im Niedriglohnbereich und in prekären Beschäftigungsverhältnissen angesiedelt. Diese verantwortungsvolle Arbeit mit Menschen muss besser bezahlt werden und in sozialversicherungspflichtigem Rahmen ausgeübt werden.

Grüne Industriepolitik: Zukunftsfähig durch ökologische Modernisierung

Nur wenn wir es schaffen, tiefgreifende strukturelle Veränderungen in unserer Wirtschaft umzusetzen, werden wir in der Lage sein, die derzeitigen Krisen zu meistern. Dazu müssen wir die hochentwickelten Technologien, die wirtschaftlichen Ressourcen und auch die industriellen Potenziale nutzen. Es geht darum, anders und anderes zu produzieren statt veraltete

Strukturen und Konzepte zu konservieren. So bietet und sichert eine leistungs- und wettbewerbsfähige Industrie mit einer ressourcenvertäglichen Produktion nachhaltig Arbeitsplätze. Wir können festhalten: Wenn der Blaumann grün wird, hat er Zukunft.

Wir Grüne werden Industriepolitik nicht den Strukturkonservativen aus Union und Sozialdemokratie überlassen, sondern gestalten diese aktiv selbst. Grüne Industriepolitik setzt Anreize für die Modernisierung, erneuert die gesamte Industrieproduktion unter Energie- und Materialeffizienzgesichtspunkten und treibt zukunftsweisende Technologien voran. Dieser Wechsel kommt nicht von selbst. Diesen Prozess des Umsteuerns einzuleiten und zu fördern ist Aufgabe einer neuen, modernen Industriepolitik. Grüne Industriepolitik ist also ein wichtiger Bestandteil einer strategischen Wirtschaftspolitik, die den Umbau gerade in der gegenwärtigen Wirtschafts-, Ressourcen- und Klimakrise forciert und vor den klassischen Industriebranchen nicht halt macht. Dadurch erschließen wir neue Märkte. Dazu gehört auch eine intelligente und unbürokratische steuerliche Forschungsförderung für kleinere Unternehmen, bei denen viel technologisches Know-How und Erfindergeist vorhanden ist.

Gute Arbeit und faire Löhne – Gerechtigkeit und Nachfrage stärken

Wir wollen Arbeit, die Menschen als gut empfinden und die fair bezahlt ist. Wir wollen kein "Working poor". Dass Menschen gezwungen sind, für drei Euro Stundenlohn zu arbeiten, ist unwürdig und es ist zynisch, diese Form von Ausbeutung mit dem Hinweis auf Arbeitsproduktivität rechtfertigen zu wollen. Mit einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von wenigstens 7,50 € je Stunde wollen wir sicherstellen, dass man von seiner Arbeit auch leben kann. Höhere Mindestlöhne in einzelnen Branchen bleiben hiervon unberührt. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist zudem ein wichtiger Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit, weil vor allem Frauen von Niedriglöhnen betroffen sind. Der gesetzlich Mindestlohn wird jährlich überprüft und gegebenenfalls bei steigenden Lebenshaltungskosten angepasst. Eine Mindestlohn-Kommission nach britischem Vorbild ist für die generelle Lohnuntergrenze verantwortlich und soll auch dann entscheiden, wenn die Tarifparteien in den Branchen nicht stark genug sind, um faire Mindestlöhne durchzusetzen. Die Kommission - bestehend aus Arbeitgebern, Gewerkschaften und Wissenschaft – erarbeitet Vorschläge, die anschließend von der Bundesregierung umgesetzt werden. So wird die Höhe der Mindestlöhne nicht zum Spielball politischer Mehrheiten. Damit verhindern wir Lohndumping, legen so eine Grundlage für Standards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und konzentrieren den Wettbewerb zwischen den Unternehmen wieder auf Qualität. Mit sozialen Wirtschaftsbetrieben bieten wir auch besonders benachteiligten Langzeitarbeitslosen die Chance auf ein tariflich entlohntes Beschäftigungsverhältnis. Mit unserem grünen Progressivmodell wollen wir die Sozialversicherungsbeiträge sozial staffeln und damit Geringverdiener von hohen Abgaben entlasten. Mini- und Midi-Jobs fallen dafür weg. Für alle Einkommen bis 2.000 Euro sollen die Beitragsätze erst langsam und stufenlos ansteigen. Gerade bei Geringverdienern kommt es darauf an, dass die Menschen mehr von ihrem Brutto in der Tasche haben. Und gerade für Geringqualifizierte sind die hohen Lohnnebenkosten ein hohes Beschäftigungshindernis. Viele Jobs werden durch niedrigere Lohnnebenkosten für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen überhaupt erst attraktiv. Deshalb sind sie auch ein Mittel gegen Schwarzarbeit. Von unserem Progressivmodell profitieren vor allem Frauen, da sie häufiger in Niedriglohn- und Teilzeittätigkeit beschäftigt sind.

Verdrängung regulärer Arbeit in prekärer Beschäftigung stoppen

Zeitarbeit darf kein Instrument sein, mit dem Lohndumping vorangetrieben und andere Standards abgesenkt werden. Die Bedingungen für ZeitarbeitnehmerInnen müssen sich deshalb verbessern. Sie müssen vom ersten Tag an wie die Stammebelegschaft bezahlt und behandelt

werden. Die gesetzliche Ausnahmeregelung per Tarifvertrag von den Arbeits- und Lohnbedingungen des Entleihbetriebs abzuweichen, muss gestrichen werden

Uns ist es nicht egal, unter welchen Bedingungen die Menschen arbeiten müssen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und Unternehmen wollen wir gute Arbeit schaffen, also Arbeit, die nicht krank macht, den Menschen Zufriedenheit gibt, die sie anspornt, die ihnen Raum lässt für Familie und Privatleben oder Weiterbildung und freiwilliges Engagement und sie angemessen entlohnt. Das umfasst viele Maßnahmen: mehr Weiterbildung im Beruf, flexible Arbeitszeitmodelle, z.B. durch die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten, Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Kindern und Beruf oder Beteiligungen am Unternehmensgewinn. Darüber hinaus müssen sich Berufstätige für die Organisation der familiären Pflege zeitlich begrenzt frei nehmen. Dazu gehört auch, dass Frauen für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn erhalten wie Männer.

Um ArbeitnehmerInnen gerade in unsicheren Arbeitsverhältnissen zu stärken, ist in der Arbeitswelt ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften überfällig. Sie können damit zum Beispiel für die Durchsetzung von Mindestlöhnen sorgen.

Der Trend sinkender Reallöhne muss gestoppt werden. Die schleppende Binnenkonjunktur ist für die Wirtschaftskrise mitverantwortlich. Jahrelang sind in den oberen Etagen der Gesellschaft die Einkommen aus Unternehmensgewinnen und Kapital rapide gestiegen, während in den Mittelschichten die Reallöhne stagnierten oder sanken und die Armen weiter verarmten. Das hat die Binnennachfrage dauerhaft geschwächt. Wir brauchen durchsetzungsfähige Arbeitnehmerorganisationen. Eine Schwächung der Tarifautonomie ist mit uns nicht zu machen. Die Verlagerung von Lohnverhandlungen auf die einzelbetriebliche Ebene lehnen wir entschieden ab. Sie schwächen die Position der Beschäftigten insgesamt und können zu einem Lohnsenkungswettbewerb und Wettbewerbsverzerrungen führen. Wir wollen im Gegenteil verstärkt, auch und gerade in Branchen mit geringer Tarifbindung, Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklären. Außerdem stehen wir für eine stärkere Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Betriebsvermögen, denn Gesellschaften mit gleichmäßiger Verteilung des Wohlstandes und starker Massenkaukraft sind wirtschaftlich stabiler.

Die Wirtschaftskrise hat die Schwächen einer hohen Exportabhängigkeit in Krisenzeiten deutlich gemacht und ein klares Zeichen für eine Stärkung der Binnenkaukraft gesetzt. Aber nach jeder Krise kommt auch ein Aufschwung. In Zeiten eines globalen Aufschwungs wandelt sich die deutsche Exportabhängigkeit in eine Exportstärke, von der die Menschen hierzulande dann umso mehr profitieren können.

Wir stehen für eine aktive Gestaltung der Arbeitsmigration, weil unsere Wirtschaft sie braucht. Wir wollen, dass die Bundesregierung die Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU sofort beendet. Außerdem setzen wir uns bei der Arbeitskräftezuwanderung für ein Punktesystem als flexibles Steuerungsinstrument ein: Zuwandererinnen und Zuwanderer können sich nach klaren Kriterien bewerben, die vom Einwanderungsland nach eigenem Bedarf festgesetzt und angepasst werden können. Mit der Ausweitung der Dienstleistungsfreiheit nimmt die Arbeitsmigration in der Europäischen Union weiter zu. Wir wollen auch die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nur vorübergehend hierher kommen oder von Firmen hierhin entsandt werden, stärken, um Ausbeutung zu verhindern. Sie haben ein Recht auf Aufklärung über ihre Rechtslage, auf Beratung und Unterstützung. Gleiches gilt für jene, die zwischen Heimatland und Aufnahmeland pendeln. Ihr Aufenthaltsstatus darf weder an einen Arbeitgeber gebunden sein, noch darf die Möglichkeit des Daueraufenthalts von vornherein ausgeschlossen werden.

Die Spielhölle der Finanzjongleure schließen

Der Casino-Kapitalismus hat abgewirtschaftet. Er war ein zynisches Spiel nach dem Muster "Die Gewinne dem Unternehmen (und seinen Anteilseignern), die Verluste trägt die Gesellschaft". Das Wirken der Finanzmärkte in den vergangenen Jahren war jedoch auch in den nicht-krisenhaften Zeiten problematisch. Deshalb ist es jetzt höchste Zeit, einen effektiven Ordnungsrahmen für die globale Wirtschaft zu schaffen, der die Märkte in den Dienst sozialer und ökologischer Entwicklung stellt. Denn wir wissen, dass wir für die Herausforderungen des Klimawandels und zur Bekämpfung der globalen Armut auch auf die Dynamik und Innovationskraft funktionierender Märkte angewiesen sind. Die globalen Finanzmärkte müssen wieder auf ihren eigentlichen Zweck, die Finanzierung von Investitionen, die Bereitstellung von Liquidität und die Übernahme von Risiken zurückgeführt werden. Die jetzt eingesetzten finanziellen Mittel zur Bekämpfung der Finanzkrise und zur Stabilisierung der Märkte sind eine enorme Hypothek für die Zukunft. Denn sie beschränken unseren sozialen und politischen Spielraum in der Zukunft. Deshalb muss sichergestellt werden, dass die Mittel auch eine nachhaltige Strukturveränderung der Marktregulierungsinstrumente nach sich ziehen.

Die Finanzmärkte müssen darum international durch eine Reihe von konkreten Maßnahmen reguliert werden. Bisher gleicht die internationale Regulierung einem Flickenteppich. In Zukunft muss das Prinzip gelten: alle Produkte, alle Akteure, alle Länder müssen in die Finanzmarktordnung und -aufsicht einbezogen werden. Das gilt für die bisher unregulierten Hedge-Fonds ebenso wie für viele hochkomplexe Finanzprodukte, die völlig intransparent zwischen einzelnen Finanzmarktakteuren gehandelt wurden. Es darf nicht sein, dass außerhalb der Börsen fernab jeder Aufsicht rund 95% der Finanzgeschäfte abgewickelt werden. Die zuständige Aufsicht muss besonders riskante Finanzprodukte auch verbieten können, wie sogenannte ungedeckte Leerverkäufe. Die risikogewichteten Einzelregelungen der Eigenkapitaldeckung müssen durch eine einfache, allgemeine ungewichtete Regel ergänzt werden, da sich die Risikogewichtung in Zeiten einer allgemeinen spekulativen Blase als fehlerhaft erwiesen hat. Die Eigenkapitalvorschriften müssen dabei für alle Finanzinstitutionen und nicht wie bisher nur für Banken gelten. Generell müssen diese Sicherheitspuffer gegen Zahlungsausfälle erhöht werden. Zusätzlich soll die Bilanzierung nach tagesaktuellen Kurswerten durch die Bewertung nach Anschaffungskosten gemäß HGB ergänzt werden. Durch den Vergleich werden Risiken, die sich durch die Risikobewertung selbst und durch unrealisierte Buchgewinne ergeben transparent. Verbraucher dürfen nicht durch den Verkauf ihrer Immobilienkredite durch die Bank in Notlagen geraten. Darum wollen wir die Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer in ihren Rechten stärken. So muss nach unseren Vorstellungen künftig ein Kunde bei Vertragsabschluss über die Möglichkeit eines Verkaufs des Kredits informiert werden und er muss dies ohne Mehrkosten vertraglich ausschließen können. Auch ordnungsgemäß bediente Kredite und die damit verbundene Grundschuld sowie die Sicherungsabrede, also das Recht zur sofortigen Zwangsvollstreckung, dürfen künftig nicht ohne die Zustimmung der Betroffenen veräußert werden.

Den Steueroasen sagen wir den Kampf an. Deutschland muss die treibende Kraft für ein gemeinsames europäisches Vorgehen gegen Steueroasen werden. Wir wollen darüber hinausgehend einen automatischen Informationsaustausch über Kapitaleinkünfte. Damit stellen wir sicher, dass der internationale Finanzmarkt, nicht mehr zur Steuerhinterziehung missbraucht werden kann. Auf Steueroasen, die sich dieser internationalen Kooperation widersetzen, muss gegebenenfalls durch Beschränkungen des Geschäftsverkehrs Druck ausgeübt werden. Die EU kann dabei international nur dann glaubwürdig sein, wenn sie zuerst wirksam gegen europäische Steueroasen vorgeht.

Wir wollen eine Einführung einer europäischen Finanzumsatzsteuer, die den Finanzsektor an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt und die Spekulationen bremst. Die Finanzumsatzsteuer entwickelt die Tobin-Steuer, die ausschließlich für internationale Geschäfte zwischen Währungsräumen gedacht war und eine Börsenumsatzsteuer, die nur Umsätze an Börsenplätzen einbezug, weiter. Steuerliche Privilegien für Finanzprodukte lehnen wir ab. Wir wollen prüfen, ob eine Wiedereinführung der Besteuerung von Gewinnen aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen sinnvoll ist.

Für mehr Stabilität und Verlässlichkeit auf nationaler Ebene muss die Finanzmarktaufsicht unabhängiger und schlagkräftiger werden. Bisher sitzen die Vertreter der Finanzbranche in der Finanzaufsicht drin und kontrollieren sich damit teilweise selbst. Diese Politik wollen wir beenden. Alle Bankgeschäfte müssen in die Aufsicht miteinbezogen werden. Europa braucht eine europäische Finanzaufsicht. Bei grenzüberschreitend tätigen Großbanken und Versicherungen muss die Aufsicht auf Augenhöhe mit den Unternehmen sein, und es darf kein Regulierungsdumping in Europa geben.

Wir brauchen dringend Regeln für Rating-Agenturen. Die Rating-Agenturen haben durch ihre falschen Bewertungen die Krise mit zu verantworten. Die Agenturen unterliegen Interessenskonflikten. Sie werden von denjenigen bezahlt, deren Produkte sie mit Noten bewerten. Sind diese Bewertungen falsch oder nicht ordnungsgemäß erstellt, nehmen aber regelmäßig diejenigen Schaden, die auf die Bewertungen zurückgreifen. Um Interessenkonflikte bestmöglich zu vermeiden, muss das Geschäftsmodell der Ratingagenturen eine Änderung erfahren. Beratungsgeschäft und Bewertung müssen strikt getrennt sein.

Den Exzessen bei Managergehältern wollen wir einen Riegel vorschieben. Die falsch konstruierten Entlohnungssysteme der Banken führen dazu, dass Banker verrückt hohe Risiken eingehen und nur noch ihre kurzfristige Rendite im Blick haben. Der Staat muss dazu die längst überfälligen notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Wir wollen nicht, dass überhöhte Manager-Bezüge und Phantasie-Abfindungen durch die Bürgerinnen und Bürger mitfinanziert werden. Deshalb wollen wir den Betriebsausgabenabzug von Manager-Gehältern auf 500.000 Euro jährlich pro Kopf begrenzen. Dort, wo die öffentliche Hand direkten Einfluss auf die Gestaltung der Managergehälter hat, soll sie diesen geltend machen, um eine maßvolle Entlohnung durchzusetzen. Der direkte Wechsel vom Vorstand in den Aufsichtsrat soll künftig unmöglich sein, die Zahl der Aufsichtsratsmandate gesetzlich auf maximal fünf pro Person beschränkt werden. Wir treten für eine 50% Quote für Frauen in Aufsichtsräten ein, denn es ist längst erwiesen, dass heterogen zusammengesetzte Gremien effektiver arbeiten und wirksamer bei ihren Kontrollaufgaben sind. Wir wollen zudem die zivilrechtliche Haftung der obersten Manager verschärfen und gesetzlich festlegen.

Klare Kriterien für die Rettung von Unternehmen

Wir stehen für eine solidarische Antwort auf die Weltwirtschaftskrise. Diejenigen, deren Arbeitsplätze heute bedroht sind, haben die Krise nicht verschuldet. Sie zahlen für die Fehler anderer und erwarten zu Recht Unterstützung. Dabei darf der Staat seine Ressourcen jedoch nicht zur Sicherung des Status quo verschleudern. Wenn der Staat sich bei der Rettung von Arbeitsplätzen engagiert, muss er - wie jeder andere Investor auch - verantwortungsvoll und langfristig orientiert handeln. Es braucht deshalb klare Kriterien, wann und wie der Staat eingreifen soll.

Überholte und in Zukunft nicht lebensfähige wirtschaftliche Strukturen aufrechtzuerhalten ist nicht staatliche Aufgabe. Daher muss die Produktpalette eines Unternehmens, das Staatshilfe in Anspruch nimmt, zukunftsfähig sein bzw. auf zukunftsfähige Produkte umgestellt werden.

Wir Grünen wollen zudem, dass die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen einen Gegenwert für die Übernahme wirtschaftlicher Risiken erhalten und an künftigen Wertsteigerungen teilhaben können. Deswegen geben wir staatlichen Beteiligungen den Vorzug gegenüber Krediten oder Bürgschaften ohne Einfluss. Denn wer Geld gibt, hat auch die Verantwortung dafür, was mit diesem Geld geschieht: Es muss sichergestellt sein, dass die staatlichen Gelder nicht für überhöhte Managementgehälter, Verschwendung in den Chefetagen, Abflüsse an ausländische Töchter oder Steuerflucht missbraucht werden. Wir streben jedoch keinen dauerhaften staatlichen Besitz an.

Für die Beschäftigungssicherung kann die Insolvenz ein Weg sein. Wir unterstützen Konzepte der Hilfe zur Selbsthilfe. Wir wollen deshalb fördern, dass die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen, wenn von ihnen gewünscht, im Zentrum der Unternehmensrettung steht.

Für uns gilt außerdem: Maximale Transparenz bei Unternehmensrettungen. Die Kriterien für die Entscheidungsfindung sind heute zumeist undurchsichtig, die Konditionen müssen aber offengelegt werden. Parteispenden von Unternehmen, die in irgendeiner Form staatliche Hilfe erhalten, wollen wir verbieten.

Nicht zuletzt sehen wir jetzt die Chance, in den staatlich unterstützten Unternehmen soziale und ökologische Zielsetzungen stärker zu verankern. Die Krise muss für einen Richtungswechsel etwa bei den Themen Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien, bei Materialeffizienz und Kreislaufwirtschaft oder bei integrierten Mobilitätskonzepten genutzt werden.

Die Finanzmärkte ergrünen lassen

Wir wollen die Finanzmärkte nicht nur stabil und gerecht gestalten, sie müssen auch ökologischer werden. Die weltweiten Finanzmärkte haben das Potential, bei entsprechender Nachfrage nach klimafreundlichen Investitionen durch Investoren und Kunden zu einem zentralen Hebel für mehr Klimaschutz zu werden. Ziel grüner Finanzpolitik ist es, mehr privates Kapital in ökologisch-soziales Investment umzulenken. Wir wollen deshalb, dass die Vertriebsvorschriften für alle Finanzdienstleistungsprodukte so geändert werden, dass im Beratungsgespräch auf die ökologische Dimension der Kapitalanlage hingewiesen werden muss. Zudem braucht es Mindestkriterien, was als „Nachhaltige Geldanlage“ bezeichnet werden darf. Wir fordern in diesem Zusammenhang auch eine Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts: Gemeinnützige Stiftungen sollen darüber berichten müssen, wie ökologische und soziale Belange bei der Anlage ihres Finanzvermögens berücksichtigt werden. Staat, Kommunen sowie die öffentlichen-rechtlichen Banken müssen bei Finanzanlagen eine Vorreiterrolle in Sachen Nachhaltigkeit einnehmen.

Den Bankensektor stabilisieren und neu aufstellen

Es ist richtig, jetzt in der Krise Banken vor der Insolvenz zu retten und damit einen fatalen Domino-Effekt in der Bankenwelt zu verhindern. Doch empörend ist, wie das geschieht. Völlig intransparent werden Milliarden vergeben. Während bei jedem bedürftigen Arbeitslosen im Detail geprüft wird, wieviel er bekommen darf, ist die Große Koalition bei Banken und ihren Aktionären großzügig. Wenn der Staat die Risiken übernimmt, dann muss er auch Kontrollrechte haben und an künftigen Wertsteigerungen beteiligt sein. Deswegen setzen wir zur Krisenbewältigung auf vorübergehende (Teil-)Verstaatlichung. Wir Grünen wollen maximale Transparenz, wie es zu den katastrophalen Zuständen bei den Banken kommen konnte, und maximale Transparenz bei den Rettungsaktionen. Die Aufarbeitung dieser Krise muss auch ausführlich im parlamentarischen Raum stattfinden. Zudem wollen wir durch regelmäßige öffentliche Berichtspflichten sicherstellen, dass die Banken die staatlichen Gelder auch nutzen, um die Kreditversorgung an kleine und mittelständische Unternehmen aufrechtzuerhalten.

Wir Grünen halten am dreigliedrigen Bankensystem aus genossenschaftlichen, öffentlichen und privaten Banken fest. Viele Landesbanken haben, obwohl sie dafür nicht da sind, am großen Spekulationsrad auf den globalen Finanzmärkten mitgedreht. Verantwortlich für diese Fehlentwicklung, für Vetternwirtschaft und Kontrolllücken sind die Landesregierungen. Noch heute sperren sich die CDU-Ministerpräsidenten gegen eine sinnvolle Konsolidierung der Landesbanken undbürden so ihren Bürgerinnen und Bürgern Milliardenlasten auf. Diesem Spuk wollen wir durch eine Neuordnung des öffentlichen Bankensektors ein Ende machen, der die Sparkassen stärkt und eine klare Ausrichtung des gesamten Sektors am Gemeinwohl sichert. Hierfür wollen wir unter anderem die Anzahl der Landesbanken reduzieren.

Neue Kultur der Selbstständigkeit

Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass ExistenzgründerInnen, Tüftler und Mittelstand exzellente Bedingungen vorfinden, indem wir Gründungshemmnisse abbauen und das gesellschaftliche Innovationsklima fördern. Ob Kinderbackschule oder Übersetzungsservice von Amtsdeutsch in Umgangssprache, ob Online-Müslimixer, Software-Schmiede oder Windanlagenbauer: Wir brauchen mehr Daniel Düsentriebs, die mit guten Ideen den Schritt in die Selbstständigkeit wagen. Eine Gründerin mit einer verrückt anmutenden Geschäftsidee, von der sie aber überzeugt ist, soll ebenso Unterstützung finden wie ein gescheiterter Unternehmer, der eine zweite Chance braucht. Wir wollen das Patentrecht so weiterentwickeln, dass es die Kultur der Selbstständigkeit fördert und nicht hemmt. Patente müssen auf wirklich neue Produkte und Ideen beschränkt werden. Sie dürfen nicht als Waffe gegen Neugründer missbraucht werden. Deshalb wollen wir auch auf europäischer Ebene eine Reform des Europäischen Patentwesens und seine Kontrolle durch das Europäische Parlament. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Selbstständigkeit eine selbstverständliche Option im Berufsleben ist. Dazu bedarf es eines besseren Zugangs zu Wagniskapital und eine bessere Versorgung mit Mikrokrediten. Existenzgründungen sind für uns kein bürokratischer Akt, sondern kreativer Aufbruch, der Innovationen und Arbeitsplätze ermöglicht und persönliche Freiheit verwirklicht. Wir brauchen deshalb mehr und bessere Beratungsangebote für Gründerinnen und Gründer – gerade für Erwerbslose, MigrantInnen und Menschen mit Behinderungen – und mehr Unterstützung und finanzielle Ausstattung für Gründungen, vor allem für solche, die aus der Arbeitslosigkeit heraus erfolgen. Wir rücken mittelständische und kleine Unternehmen und das Handwerk in den Fokus unserer Wirtschaftspolitik. Gerade diese Unternehmen erreichen ihre Wertschöpfung häufig nachhaltig. Das wollen wir weiter fördern. Mittelständische Unternehmen sind gerade auch für die Ausbildung junger Menschen von hoher Bedeutung und damit für die Zukunft unserer Volkswirtschaft. Entbürokratisierung und Lotsendienste sind das beste Programm, um kleinen und mittelständischen Betrieben zu helfen. Dafür setzen wir uns ein. Bei den Kammern besteht hoher Reformbedarf. Darum gehört hierzu auch die Überprüfung der Zwangsmitgliedschaft in den Kammern und die stärkere Öffnung ihrer Gremien für Menschen mit Migrationshintergrund.

Solidarische Ökonomie und kreative Wirtschaft

Zunehmend mehr Unternehmen richten ihr Handeln an den Leitlinien sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit aus. Hier eröffnen sich für die Wirtschaft neue Perspektiven. Soziale Unternehmen, Bürgersolar- und Windanlagen, genossenschaftliche Initiativen, alternative Tausch-, Regionalgeld- oder Handelsnetze und bürgerschaftliches Engagement gewinnen stetig an Bedeutung. Wir wollen die Verbindung gesellschaftlicher Anliegen mit unternehmerischem Handeln unterstützen, wie die Open-Source- und Freie-Software-Bewegung. In der Grünen Marktwirtschaft wollen wir die Solidarische Ökonomie, in der sich die Freiheit selbstbestimmten Handelns und Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit verbindet, gezielt fördern und weiter entwickeln. Dazu gehört eine institutionelle Verankerung der Förderung der Solidarischen Ökonomie im Arbeits- und Sozialministerium. Wir wollen die genossenschaftliche Rechtsform entbürokratisieren, einen sicheren rechtlichen Rahmen für Regionalgeldinitiativen. Die Diskriminierung von Gemeinschaftsunternehmen bei Gründungs- und Förderprogrammen muss beendet werden. Dafür wollen wir ein Programm auf den Weg bringen, das bürokratische Hemmnisse beseitigt, Anschubfinanzierung leistet, einen sicheren rechtlichen Rahmen für Regionalgeldinitiativen schafft und die Diskriminierung von Genossenschaften bei den Programmen der Bundesanstalt für Arbeit beendet.

Gerade in der Wirtschaftskrise ist die Übernahme eines vor der Insolvenz stehenden Unternehmens durch die MitarbeiterInnen in manchen Fällen ein geeignetes Instrument zur Sicherung von Arbeitsplätzen auf der Basis nachhaltigen Wirtschaftens.

Kreative und künstlerische Arbeit findet längst nicht mehr außerhalb, sondern inmitten ökonomischer Strukturen statt. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Hier entstehen Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Mit ihren kreativen Erzeugnissen, Produkten und Projekten leistet die Kulturwirtschaft einen unverzichtbaren Beitrag zur gesellschaftlichen Innovation. Die Rahmenbedingungen vor allem für die hier vorherrschenden Kleinst- und Kleinunternehmen wollen wir verbessern, die Vergabe von Kleinstkrediten und den Zugang zu Darlehen erleichtern und KünstlerInnen eine bessere soziale Absicherung ermöglichen.

Der Staat als Nachfrager und Eigentümer

300 Mrd. Euro geben Bund, Länder und Gemeinden jährlich für öffentliche Aufträge aus. Das sind 13% des Bruttoinlandprodukts. Als bedeutender Auftraggeber kann der Staat enormen Einfluss auf eine nachhaltige Entwicklung unserer Wirtschaft nehmen, wenn er die Vergabe öffentlicher Aufträge klug nutzt. Etwa dann, wenn Gemeinden ihre Aufträge nicht nur an den Anbieter mit dem niedrigsten Preis vergeben, sondern auch die Frage, ob ein Unternehmen ökologisch produziert, nach Tarif bezahlt, Menschen mit Behinderung beschäftigt, junge Leute ausbildet oder Gleichstellung im Betrieb praktiziert, ein Vergabekriterium ist. Das billigste Angebot ist nicht immer das wirtschaftlichste. Und oft genug zahlt dann das Gemeinwesen drauf. Wir wollen, dass die sozialen und die Nachhaltigkeitskriterien im Vergaberecht rechtssicher und handhabbar ausgestaltet werden. Kleine und mittlere Unternehmen sollen nicht länger benachteiligt werden. Außerdem wollen wir den Trend zu immer größeren Ausschreibungen umdrehen und gerade durch die Aufteilung in viele kleine Ausschreibungen das örtliche Handwerk und Kleinbetriebe stärken.

In manchen Bereichen muss der Staat wieder als Eigentümer wirtschaftlicher Strukturen in Erscheinung treten. Die Privatisierungseuphorie der Neunziger Jahre ist weit über das Ziel hinausgeschossen. Natürliche Monopole im Bereich der Netzinfrastrukturen müssen zumindest im Teilbesitz der Allgemeinheit bleiben oder – etwa im Bereich der Stromnetze – überführt

werden. Der Staat muss in den Unternehmen, an denen er beteiligt ist, seine Kontrollrechte besser wahrnehmen. Als Aktionär muss er sich auch bei Problemen wie Überwachungsskandalen, unausgereiften Rationalisierungskonzepten oder Fehlinvestitionen verantwortungsbewusst verhalten. Es reicht nicht, an die Unternehmen zu appellieren. Als Anteilseigner hat die öffentliche Hand wie jeder Investor weitere Möglichkeiten, bewusst Einfluss zu nehmen und Kontrolle auszuüben. Wir wollen eine Strategie für den Umgang mit Beteiligungen entwickeln und Aufsichtsräte sowie Teilnehmer von Hauptversammlungen mit Schulungen auf ihre Aufgaben vorbereiten.

Gleichberechtigung durchsetzen, Vielfalt fördern

Frauen haben vielfach die besseren Bildungsabschlüsse und bekommen doch die schlechteren Jobs. Sie fragen sich zu Recht, wieso ihr Kollege mit gleicher Qualifikation mehr verdient. Oder ob der Staat ihnen eine gute Ausbildung ermöglicht hat, damit sie mangels Betreuungsmöglichkeiten mit Kindern zuhause bleiben müssen. Dieses Gleichstellungsdefizit ist nicht nur ungerecht und schränkt das Selbstbestimmungsrecht ein, sondern schadet der Wirtschaft enorm. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Dynamik am Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Innovationen. Wir brauchen eine andere Unternehmenskultur, die Führungspositionen für Frauen zur Chefsache macht und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen zum Ziel hat. Da Frauen in deutschen Chefetagen noch immer exotische Ausnahmen sind, streben wir eine verbindliche Quote von 50 Prozent Frauenanteil in Aufsichtsräten an. Wir bleiben bei unseren Forderungen nach einem Gleichstellungsgesetz für den privaten Sektor. Und wir setzen uns weiterhin dafür ein, den gesellschaftlich Skandal zu beenden, dass Frauen für gleichwertige Arbeit schlechter bezahlt werden.

Vielfalt in der Belegschaft ist ein positiver Faktor. Wir wollen eine Unternehmenskultur fördern, die frei von Vorurteilen ist und "Diversity Management" fördert. Wenn Beschäftigte Diskriminierungen befürchten, dann verlieren sie Ihre Motivation. Viele Unternehmen und öffentliche Institutionen machen längst die Erfahrung, dass eine bunte Belegschaft produktiv ist. Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Erfahrungen, Junge und Alte, Homosexuelle und Heterosexuelle, Menschen mit und ohne Behinderung, Frauen und Männer tragen gemeinsam zum Erfolg bei. Wir wissen: Technik, Toleranz und Talente sind ein ökonomisches Erfolgsrezept für Regionen und Kommunen. Vermeintlich weiche Standortfaktoren werden im globalen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts zur Grundlage von Unternehmensentscheidungen und müssen darum zentrales Thema regionaler Wirtschaftsförderung werden.

Die Zukunft finanzieren

Um unsere Investitionen in Bildung, soziale Gerechtigkeit und in ein nachhaltiges Umsteuern der Wirtschaft zu finanzieren, brauchen wir einen grundsätzlichen Umbau des Staatshaushalts. Wir wollen das Steuersystem vereinfachen, zusätzliche Einnahmequellen erschließen und durch das Streichen unsinniger Staatsausgaben und konsequenten Subventionsabbau Ausgaben reduzieren.

Viele Menschen bewegt die Frage, wie wir die finanziellen Belastungen aus der Finanz- und Konjunkturkrise bewältigen und wer eigentlich am Ende die Rechnung zahlt für die enormen Schulden, die uns und den nachfolgenden Generationen die Handlungsspielräume nimmt.

Die notwendigen politischen Antworten auf die Wirtschaftskrise bedeuten eine große finanzielle Belastung für die öffentlichen Haushalte. Ein Neuer Gesellschaftsvertrag verlangt, dass

diese Kosten nicht allein den kommenden Generationen aufgebürdet werden. Ebenso wäre es falsch, diese Kosten durch allgemeine Steuererhöhungen gegenzufinanzieren. Stattdessen sollten vor allem jene einen Beitrag leisten, die in den Zeiten vor Krise vom Finanzmarktkapitalismus profitiert und große Vermögen aufgebaut haben. Heute besitzen 5% der Bevölkerung 47 % des Vermögens. Wir halten es für richtig, zur Bewältigung dieser historischen Krise starke Schultern auch stärker in die Verantwortung zu nehmen. Deshalb schlagen wir GRÜNE vor, eine zeitlich befristete, einmalige Vermögensabgabe nach Artikel 106 des Grundgesetzes einzuführen, mit der zweckgebunden die Kosten zur Bewältigung der Krise getilgt werden sollen. Diese steht allein dem Bund zu und wurde eigens zur Finanzierung außergewöhnlicher Belastungen ins Grundgesetz aufgenommen. Wir GRÜNE forderten eine solche zuletzt zur Finanzierung der Kosten der Wiedervereinigung.

Auch diejenigen, deren Einkommen und Vermögen in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich gewachsen sind, sollen aus unserer Sicht einen größeren Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Darum wollen wir den Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer anheben und das Erbschaftsteueraufkommen deutlich erhöhen. Die Erbschaftsteuer ist für uns eine Gerechtigkeitssteuer. Erbschaft- und Schenkungssteuer wollen wir grundlegend neu und modern regeln. Unser Ziel ist es, große Erbschaften stärker als bisher zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen. Größere Vermögen sollen künftig verstärkt zum Erbschaftsteueraufkommen beitragen, kleine Vermögen werden durch Freibeträge verschont. Für Betriebsvermögen wollen wir einen deutlich höheren Freibetrag, damit kleine und mittlere Betriebe verschont werden. Die eingetragenen Lebenspartnerschaften wollen wir im Steuerrecht der Ehe gleichstellen. Wir wollen nur noch eine Steuerklasse mit einem Tarif und die persönlichen Freibeträge entsprechend anpassen. Das Steuermehraufkommen sollen die Länder für mehr Bildung und den Ausbau der Kinderbetreuung einsetzen.

Unser Ziel ist darüber hinaus eine sozial gerechte Reform der Einkommenssteuer. Wir wollen den Spitzensteuersatz auf 45% anheben. Dieser Spitzensteuersatz soll (durch eine lineare Verlängerung des Tarifs) aber erst bei einem höheren Einkommen als heute wirksam werden. Alle Einkommen unterhalb des heutigen Spitzensteuersatzes werden daher nicht zusätzlich belastet. Aus der von uns geforderten Anhebung des Regelsatzes für das Arbeitslosengeld II ergibt sich eine deutliche Erhöhung des Grundfreibetrags von derzeit 8004 auf 8500 Euro, die kleine Einkommen gezielt entlastet. Zusätzliche Entlastungen bei der Einkommensteuer halten wir jedoch weder sozial für erforderlich noch im Hinblick auf strukturelle Defizite und wachsende Schulden in den öffentlichen Haushalten, für vertretbar. Gerade die ärmeren Haushalte in Deutschland zahlen schon heute keine Einkommensteuer und können von Entlastungen nicht profitieren. Stattdessen werden bei der Anrechnung von Einkommen auf das Arbeitslosengeld II bis zu 90% abgezogen. Geringverdiener werden stark durch Sozialabgaben belastet. Dies sind die eigentlichen Problemen des Steuer- und Abgabensystem, die wir mit unserer grünen Grundsicherung und dem Progressivmodell angehen. Wir finden es inakzeptabel, dass private Spitzenverdiener durch Wohnsitzverlagerung ins Ausland der Besteuerung entgehen können. Daher streben wir eine Lösung ähnlich wie in den Vereinigten Staaten an, deren im Ausland lebende Staatsbürger in den USA einkommensteuerpflichtig sind. In diesem Modell werden die im Ausland bereits geleisteten Steuern auf die Einkommensteuerschuld angerechnet.

Grüne Politik will Kapitaleinkommen genauso zur Finanzierung der Gemeinwesens heranziehen wie Lohn Einkommen und gleichermaßen der progressiv gestalteten Einkommenssteuer unterwerfen. Es ist nicht gerecht, dass wie bei der Abgeltungssteuer der Großen Koalition, Einkommen aus Finanzanlagen geringer besteuert werden als Arbeitseinkommen. Das wollen wir rückgängig machen. Ein effektives Vorgehen gegen Steueroasen ist dafür die Voraussetzung.

Wir wollen Kapitaleinkommen künftig besser erfassen. Maßnahmen hierfür sind die Lockerung des speziellen steuerlichen Bankgeheimnisses und ein effektives Vorgehen gegen Steueroasen. Kapitalerträge dürfen in Europa nicht mehr hinterzogen werden, die entsprechenden Richtlinien müssen dahingehend geändert werden. Die Zinsrichtlinie muss umfassend erweitert werden mit dem Ziel alle Kapitalerträge und möglichst viele Länder von ihr zu erfassen. Unternehmen sollen künftig offenlegen, wo und mit welchen Tochtergesellschaften sie ihre Gewinne erzielen und wo diese wie viel Steuern zahlen. Ferner setzen wir uns für eine gemeinsame steuerliche europäische Bemessungsgrundlage für Gewinnsteuern und Mindeststeuersätze auf Unternehmensgewinne ein. Wir wollen eine durchgreifende Vereinfachung in der Einkommensteuer erreichen und auch damit zu mehr Gerechtigkeit im Steuersystem beitragen. Viele Menschen stören sich nicht daran, dass sie Steuern zahlen, sondern daran, dass die Steuererklärungsbürokratie sie jedes Jahr aufs Neue mit unzähligen Formularen traktiert. Wir wollen, dass die Steuererklärung den Bürgerinnen und Bürgern künftig weniger Arbeit macht. Die Finanzverwaltung soll eine bereits weitgehend vorausgefüllte Steuererklärung liefern. Banken sollen ihren KundInnen auch weiterhin eine Ausfüllhilfe für die Steuererklärung zur Verfügung stellen. Damit können kleine Einkommen zu viel bezahlte Kapitalertragsteuern leichter zurückfordern. Wir werden dafür sorgen, dass die elektronische Steuererklärung für alle Betriebssysteme, insbesondere auch "Open Source" Betriebssysteme, zur Verfügung gestellt wird.

Wir schlagen eine einheitliche Werbungskosten- und Betriebsausgabenpauschale für alle Einkunftsarten von 2.000 Euro pro Jahr vor. Die sieben Einkunftsarten wollen wir weitgehend zusammenfassen. Die allermeisten aufwändigen und umständlichen Einzelabrechnungen werden damit de facto überflüssig.

Das Ehegattensplitting – das die Ehe fördert und nicht das Leben mit Kindern – wollen wir zur Individualbesteuerung weiter entwickeln. Damit wird das derzeitige Lohnsteuerklassensystem weitgehend vereinfacht. Die Steuerklassen III, IV und V werden überflüssig. Das gesparte Geld fließt in den Ausbau der Kinderbetreuung und in die Bekämpfung von Kinderarmut. Zur weiteren Finanzierung des Ausbaus der Bildungsinfrastruktur wollen wir auch freierwerdende Mittel des Solidaritätszuschlags im Sinne eines Bildungs-Solis nutzen. Die komplizierte Familienförderung wollen wir in eine einheitliche Kindergrundsicherung weiter entwickeln.

Mit unserem Altersvorsorgekonto wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern eine moderne und einfache Förderung anbieten. Private und betriebliche Altersvorsorge werden unter einem Dach zusammen geführt. Die jetzigen komplizierten und unübersichtlichen Regeln werden überflüssig. Es muss sichergestellt sein, dass die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge nicht zur Subventionierung der Versicherungswirtschaft verkommt. Die Erträge müssen den Sparerinnen und Sparern selbst zugute kommen. Außerdem ist die bestehende Förderung noch verbesserungswürdig. Das grüne Altersvorsorgekonto konzentriert die Förderung stärker als bisher auf Geringverdiener und mittlere Einkommen. Bei gleicher Gesamthöhe der staatlichen Förderung kann so ein besserer Beitrag zur Vermeidung von Altersarmut geleistet werden. Die Beitragsgarantie verhindert schon heute, dass die Mittel aus öffentlich geförderter privater Altersvorsorge ins globale Spielcasino der spekulativen Finanzmärkte fließen. Wir wollen die kapitalgedeckte Altersvorsorge so organisieren, dass von ihr ein stabilisierender Einfluss auf das Finanzsystem ausgeht, etwa indem die Fonds sich auch in der Finanzierung der mittelständischen Wirtschaft engagieren können.

Steuerflucht und Steuerhinterziehung wollen wir entschieden bekämpfen. Durch Steuerhinterziehung entgehen den öffentlichen Haushalten jährlich Einnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe. Wer Steuern hinterzieht, handelt kriminell und unsolidarisch gegen unsere Gesell-

schaft und muss verfolgt werden. Wir wollen mehr Personal für Betriebsprüfung, Steuerfahndung und Justiz, denn das bringt auch Geld in die Staatskassen. Mittelfristig wollen wir das ineffektive Nebeneinander von 16 Steuerverwaltungen beenden und durch eine Bundessteuerverwaltung ersetzen. Das bringt Mehreinnahmen in Milliardenhöhe und beendet die Praxis einiger Bundesländer, mit lückenhaftem Steuervollzug Standortpolitik zu betreiben. Schon kurzfristig muss jedoch die Zuständigkeit für international tätige Konzerne und besonders wohlhabender Personen mit Auslandsaktivitäten von den Landesfinanzämtern auf eine auf Bundesebene zu schaffende zentrale Behörde übergehen, die organisatorisch und technisch so auszustatten ist, dass sie diesen Steuerzahlern wieder auf Augenhöhe begegnen kann. In zahlreichen Ländern existieren solche „large taxpayer units“ bereits und haben das Steueraufkommen deutlich gesteigert. Wir wollen Steuerschlupflöcher verfassungsgemäß schließen und dafür eine Genehmigungspflicht für die Anbieter von Steuersparmodellen einführen. Auf europäischer und internationaler Ebene brauchen wir weitere Maßnahmen, um Steueroasen konsequent auszutrocknen.

Um die Einnahmen der Städte und Gemeinden zu verstetigen, wollen wir die Gewerbesteuer nachhaltiger und gerechter gestalten, indem wir sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickeln. Mit dieser Steuer soll durch die volle Einbeziehung gewinnunabhängiger Elemente, wie z.B. der Fremdkapitalzinsen, die Bemessungsgrundlage der bisherigen Gewerbesteuer verbreitert werden. Auch Freiberufler sollen in die Gewerbesteuerpflicht einbezogen werden. Das vermeidet wirtschaftlich oft nicht nachvollziehbare Abgrenzungsprobleme und schafft faire Wettbewerbsbedingungen. Ein Freibetrag soll vor allem kleine und mittlere Unternehmen entlasten und die Anrechenbarkeit auf die Einkommenssteuer bleibt erhalten.

Investitionen in Umwelt belohnen - ökologische Finanzreform statt Klimakiller-Subventionen

Die Idee der ökologischen Finanzreform ist einfach: Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Wer umweltfreundlich produziert und konsumiert soll weniger bezahlen, als jene, die Umwelt und Klima verschmutzen. Dazu müssen umweltschädliche Subventionen abgebaut und umweltfreundliches Verhalten steuerlich belohnt werden. Vor allem aber muss die Steuerlast vom Faktor Arbeit hin zum Faktor Umwelt verlagert werden, wovon die Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar profitieren. In unserer Regierungszeit haben wir mit der ökologischen Finanzreform begonnen. Jetzt wollen wir sie fortsetzen, denn von der großen Koalition gab es Stillstand statt Fortschritt. Statt der Entfernungspauschale wollen wir eine Mobilitätszulage einführen, die unabhängig vom Einkommen allen Beschäftigten gezahlt wird. Das Dienstwagenprivileg für große Spritfresser wollen wir abschaffen. Dass die Steuerzahler Milliarden für Firmenlimousinen aufbringen müssen, ist weder ökologisch noch sozial, genauso wenig wie die Steuerbefreiung von Flugbenzin. Die LKW-Maut wollen wir weiter entwickeln als Klimaschutzinstrument und zur Internalisierung der externen Kosten des Güterverkehrs. Zur ökologischen Finanzreform gehört auch, dass zukünftig Brennelemente wie fossile Brennstoffe behandelt und besteuert werden. Die Kohlesubventionen wollen wir beenden und die Ausnahmen bei der Ökosteuer streichen. Zugleich wollen wir die Stromsteuer auf Strom aus Erneuerbaren Energien abschaffen. Der Emissionshandel kann erst dann seine Wirkung ganz entfalten, wenn die Zertifikate grundsätzlich versteigert werden und es keine Schlupflöcher mehr für energieintensive Branchen gibt. Dass die CO₂-Zertifikate heute praktisch kostenlos zugeteilt werden, hat nicht nur massive Fehlanreize verursacht, es entstehen auch milliardenschwere Zusatzgewinne der Energiekonzerne, ohne dass die Unternehmen etwas dafür hätten tun müssen. Um dem ein Ende zu bereiten, setzen wir uns für die Besteuerung dieser ungerechtfertigten Zusatzgewinne (sogenannte „Windfall-Profits“) in lenkungswirksamer Höhe ein. Wir wollen die Grundsteuer ökologisch ausgestalten und damit die Anreize für einen sparsamen Flächenverbrauch verstärken. Die Öffentliche Hand muss mit gu-

tem Beispiel voran gehen und nachhaltig investieren, d.h. sie soll ihre Finanzanlagen an sozialen, ethischen und ökologischen Aspekten orientieren. Dadurch soll die gesamtgesellschaftliche Entwicklung hin zu klimaschonenden Konsum- und Produktionsweisen die dringend notwendige Beschleunigung erhalten.

Eine handlungsfähige öffentliche Hand

Gezielte Zukunftsinvestitionen sind nur mit einer nachhaltigen und verantwortlichen Haushaltspolitik möglich. BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN stehen für Wahrheit und Klarheit in der Haushaltspolitik. So wie bei Banken keine Geschäfte neben der Bilanz stattfinden dürfen, so müssen auch die staatlichen Schulden im Haushalt transparent ablesbar sein.

In Zeiten der Krise muss der Staat konjunkturpolitisch tätig werden. Dafür müssen zusätzliche Schulden aufgenommen werden. Das heißt jedoch nicht, dass gleichzeitig alle bestehenden Programme und Ausgaben blind weitergeführt werden müssen, nur weil sie Geld kosten. Auch in einer Rezession muss sich der Staat überlegen, welche Ausgaben unsinnig und wenig effektiv sind – etwa im Verteidigungs- oder Verkehrsetat. Nachhaltige Haushaltspolitik steht im Einklang mit gezielten Investitionen in Umwelt, Klima, Bildung und Gerechtigkeit. In diesen Bereichen können wir eine echte Zukunftsrendite erzielen. Für uns ist klar: Wer heute neue Schulden macht, braucht eine klare Vorstellung, wie er diese künftig tilgen will. So kann auch in der Krise eine Haushaltspolitik im Sinne zukünftiger Generationen umgesetzt werden.

Auch wollen wir Grüne eine wirksame und transparente Kontrolle der Konjunkturpolitik in der Krise. So fordern wir für alle zusätzlichen Ausgabenprogramme eine Internetseite, auf der alle Bürgerinnen und Bürger kontrollieren können, wohin ihre Steuergelder fließen, wer davon profitiert und was davon geschaffen wird. Nur mit solchen transparenten Instrumenten kann das Risiko verringert werden, dass sich in der Krise einige auf Kosten aller bereichern. Auch bei der Subventionsvergabe wollen wir die Transparenz verbessern. Ähnlich wie auf europäischer Ebene wollen wir darum die Empfänger aller Staatsausgaben veröffentlichen.

Schulden konjunktursensibel bremsen

Wir wollen einen Staat, der aktiv gestaltet und nicht Mangel verwaltet. Deswegen gilt es, eine immer weiter ansteigende Staatsverschuldung durch eine flexible und mit der Konjunktur atmende Schuldenbremse im Grundgesetz zu verhindern und sicherzustellen, dass die dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte Hand in Hand gehen. Die im Rahmen der Schuldenbremse erlaubte Neuverschuldung wollen wir deckeln und an die Nettoinvestitionen, etwa bei Bildung und Forschung koppeln. Der Verkauf von öffentlichen Vermögen darf nicht länger als Konsolidierung deklariert werden. Ziel muss eine ökonomisch verträgliche Rückführung der Schuldenstandsquote sein, denn die Schulden, die in den öffentlichen Haushalten über Jahrzehnte aufgebaut wurden, lassen sich nicht binnen weniger Jahre abbauen. Wir halten dabei auch eine Debatte darüber, wie die strukturellen Defizite im Haushalt entstanden sind, für notwendig. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass Reduktionen des öffentlichen Eigentums ebenso behandelt werden wie staatliche Kreditaufnahme, die öffentlichen Haushalte dürfen weder auf Pump, noch von der Substanz leben. Eine verbindliche Schuldenbremse für Bund und Länder kann nicht ohne Lösung der Altschuldenfrage eingeführt werden. Bund und Länder müssen deshalb gemeinsam denjenigen Bundesländern und Kommunen eine Altschuldenhilfe gewähren, deren Zinslasten deutlich über dem Durchschnitt der Ländergesamtheit liegen. Ein Teil der freiwerdenden Mittel des Solidaritätszuschlags sollen hierfür verwendet werden. Über die Reform der föderalen Finanzbeziehungen hinaus brauchen wir eine ehrliche Diskussion über die Mängel in unse-

rem Föderalismus.

Steuersenkungen auf Pump verhindern

Ehrliche Politik schenkt den Menschen reinen Wein ein und drückt sich nicht vor Prioritäten und mathematischen Wahrheiten. Unseriös ist, wer wie die FDP und CDU/CSU Steuersenkungen wohlfeil als Allheilmittel propagieren -- in Zeiten der Krise ebenso wie in Zeiten des Aufschwungs. Eine solche Politik schafft und sichert privaten Reichtum für wenige und öffentliche Armut, unter der die meisten Menschen leiden. Sie zerstören die finanziellen Handlungsspielräume der öffentlichen Hand und führt uns immer tiefer in der Schuldenspirale. Investitionen in die Zukunft, Investitionen in Arbeit, Bildung und nachhaltiges Wirtschaften gibt es nicht zum Nulltarif. Für uns Grüne ist klar: Steuersenkungen auf Pump wird es mit uns nicht geben. Denn Steuersenkungen von heute sind die Schulden und die Sozialkürzungen von morgen.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... schafft 1 Millionen neue Jobs in Zukunftsbereichen.
- ... stimmt für einen gesetzlichen Mindestlohn....
- ... weniger Abgaben für Geringverdiener
- ... belohnt umweltfreundliches Verhalten und beendet umweltschädliche Subventionen
- ... wählt ein einfacheres und gerechteres Steuersystem – und keine Steuersenkungen auf Pump